





Ausführungen von Albrecht, der zehn Jahre lang in der Sowjetunion hohe Posten im bolschewistischen Partei- und Staatsapparat bekleidete, sind deshalb von großem Gewicht, weil er als stellv. Vorsitzender der Hauptverwaltung für Waldwirtschaft der Sowjetunion und in anderen wichtigen Funktionen mit mehreren Hauptangelegenheiten des augenblicklich stattfindenden Prozesses, so vor allem mit dem ehemaligen Außenhandelsminister Rosengolz jahrelang eng zusammengearbeitet hat.

So ist Albrecht in der Lage, einwandfrei nachzuweisen, daß die Behauptung, Rosengolz habe für Rechnung der trozkistischen Opposition riesige Holzmassen zu Schleuderpreisen ins Ausland verkauft, eine glatte Unwahrheit darstellt. Stalin selbst habe das notwendige Holzdumping angeordnet, weil das Sowjetregime durch die katastrophalen Auswirkungen der Bauernkollektivierung außerstande gewesen sei, die notwendigen Devisen durch die freie Ausfuhr hereinzubringen. Außerdem sollte die Ueber-Schneidung des Weltmarktes mit billigem sowjetischen Holz die nordischen Länder vor allem das verhafte weiche Finnland treffen und dort die kommunistische Bewegung vorwärts treiben.

Albrecht erklärt sich zum Schluß bereit, vor den Schranken des Moskauer Gerichts zu erscheinen und in aller Offenheit seine Zeugenaussagen zu machen.

### Das grausamste Drama der Weltgeschichte

Ward Price über den Moskauer Prozeß

London, 8. März. Unter der Ueberschrift „Das große Geheimnis des Jahrhunderts“ greift sich Ward Price in der „Daily Mail“ mit den Moskauer Schauprozessen. Noch niemals habe sich etwas in der Geschichte ereignet, das mit dem grausamen Drama und der Unwahrscheinlichkeit dieser Massenprozesse in Moskau verglichen werden könne. Lange nach, wenn viele andere Tagesereignisse längst vergangen seien, werde besonders der jüdische Schauprozess als ein unheimliches Rätsel für die Nachwelt haften geblieben sein. Selbst der phantastischste Schriftsteller würde diese Aussagen und Anklagen als unwahr zurückweisen, die die Angeklagten für ihre eigene Verdamnung machten. Nur durch die Anwendung von Kautschok oder Hypnose könne man sich solche Gräueltaten erklären. Aber der verurteilte Traum des Bolschewismus werde bald an seinem Ende angelangt sein. Bald würde das sowjetistische Volk erwachen und zu einer politischen Bewandlung zurückkehren. Die rücksichtslose Diktatur Stalins werde dann wahrscheinlich der Zukunft als eine gewaltige Leiche der Weltgeschichte vor Augen stehen, wie z. B. die Leiche von der Herrschaft des Minotaurus auf Kreta.

### Nadel im Dienst der GPU.

Neue Gottlosen-Aktion Moskauer

Eigenbericht der NS-Pressa

rp. Warschau, 9. März. Aus Moskau kommt die Meldung, daß der alte jüdische Bolschewist, Kadel-Sobelsohn, sich in den Dienst der GPU und der Gottlosenpropaganda gestellt hat. Kadel wurde bekanntlich seiner Zeit von der GPU als „Trozkist“ und „Verräter“ eingestuft. Nach einem großen Theaterprozeß nach Sibirien verbannt, wurde er kürzlich jedoch von Stalin wieder in Gnaden aufgenommen. Kadel lebt seit einigen Wochen in einem Dorf in der Nähe von Leningrad. Um seine „Loyalität“ zu beweisen, erhielt er von der GPU den Auftrag, ein Buch gegen den Trozkismus zu schreiben. Der jüdische Schmierfink wird sich dieser Aufgabe zweifellos zur Zufriedenheit Stalins unterziehen. Gleichzeitig wurden ihm in der sowjetischen Gottlosenbewegung bedeutende Funktionen übertragen. Kadel soll durch die Abfassung von Heftchriften eine große Aktion gegen die Kirchen und Religionen unternehmen.

### Für das Recht der Sudetendeutschen

Gedenkfeste Sudetendeutscher Heimatbundes

Wien, 8. März. Der Sudetendeutsche Heimatbund hielt hier eine Gedenkfeste für jene deutschen Volksgenossen ab, die am 4. März 1919 in verschiedenen Städten der Tschechoslowakei bei Kundgebungen für ihre politische Selbstbestimmung von der tschechoslowakischen Soldateska niedergeschossen worden sind. Der Vorsitzende des Sudetendeutschen Heimatbundes, Holcal Bartisch, erklärte in seiner Rede, das Wort „Die Zeit heile alle Wunden“ gelte nicht für die Sudetendeutschen. Seit Jahren leide dieses Volk. Eine friedliche Konsolidierung Europas sei ohne gerechte Minderheitenpolitik nicht denkbar. Mit Grenzverletzungen und Militärverträgen werde man das Anrecht an den Sudetendeutschen nicht dauernd sichern können. Man werde einen Brand Europas verhindern, wenn man den Sudetendeutschen in ihrem Recht verbleibe. Der 12. Februar 1938 sei ein großer Tag für das Deutschland der ganzen Welt gewesen. Die Einheit der beiden deutschen Staaten habe die dunklen Spannungen vertrieben, die über Mitteleuropa lagen. Am 12. März 1938 werde die deutsche Kultur wieder ihre hohe Aufgabe erfüllen. Die Waisenkinder des 4. März 1919 aber blieben unvergessen und seien eine Verpflichtung für alle Deutschen, den Kampf um ihr Recht weiterzuführen.

# Zweihundert italienische Schiffe vor dem Führer

Das Programm der großen Flottenparade zu Ehren Adolf Hitlers im Golf von Neapel

Rom, 8. März. Ueber die große Flottenparade zu Ehren des Führers im Golf von Neapel werden durch die Agentur Stefania eine Reihe von interessanten Einzelheiten veröffentlicht. Demzufolge nehmen an der Parade über 200 Schiffseinheiten teil, darunter die zwei umgebauten 25.000-Tonnen-Linienschiffe „Cavour“ und „Gefare“, sowie 90 U-Boote. Der Führer wird zusammen mit dem Duce an Bord des Admiralschiffes „Cavour“ die Parade abnehmen. Der erste Teil der Parade spielt sich im Hafen von Neapel ab, wo das gesamte erste Geschwader in geschlossener Formation den Führer erwartet. Nach den vorgeschriebenen Ehrenbezeugungen wird das Geschwader geschloffen den Hafen verlassen.

Der zweite Teil der Parade in eine Reihe von Kampfhandlungen, die unter Teilnahme der gesamten U-Bootsflotte des 2. Geschwaders unter weitgehender Einbeziehung ihrer Formationen und unter starkem Einsatz von Bombengeschwadern bis auf die Höhe der Insel Ischia durchgeführt werden. So werden die U-Boots- und Torpedobombardier auf die beiden Linienschiffe „Cavour“ und „Gefare“ stattfinden. In einer weiteren Phase werden Schiffsübungen auf das funkentelegraphisch gelenkte Zieldschiff „San Marco“ ausgeführt. Später wird auf der Höhe der Insel Ischia ein Durchbruchmanöver einer Torpedobootsflotte durchgeführt, anschließend werden die Linienschiffe von Fluggeschwadern mit Bomben und Lufttorpedos aus geringster Höhe angegriffen werden.

Ein gewaltiges Schauspiel wird die Schluphphase bilden, während der sich sämtliche Einheiten der beiden Geschwader scheinbar vor der Höhe des Belfegio bis hinüber nach dem Posilippo verteilen und in vollem Flaggenschmuck auf einer Fahrt von über 10 Kilometer Anker legen. In dieser Front werden ab dann die geschlossenen U-Bootsformationen vorbeifahren, während gleichzeitig die Schnellboote mit großer Geschwindigkeit im ganzen Hafen aufschwärmen und die Flugzeuge noch einmal über dem Golf erscheinen. Abends werden die Kriegsschiffe feierlich illuminiert werden und den ganzen Golf mit dem Spiel ihrer gewaltigen Scheinwerfer beleben.

### Ribbentrop in London

Berlin, 8. März. Der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop begab sich am Dienstagabend mit dem fahrplanmäßigen Zuge zu einem kurzen Aufenthalt nach London.

### Hoover beim Führer

Berlin, 8. März. Der Führer und Reichskanzler empfing am Dienstag den am Montag auf seiner Europareise eingetroffenen ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Dr. Herbert Hoover, der von dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Dr. Wilson, begleitet wurde.

### Semeiner Brunnenvergifter bestraft

Urteil im Fälschungsprozeß „Neue Zeit“

Luxemburg, 8. März. In dem Fälschungsprozeß „Neue Zeit“ wurde der Hauptangeklagte Kosselt wegen Herstellung falscher Urkunden und Gebrauch dieser Fälschungen zu 3 Jahren Gefängnis, 10 Jahren Ehrverlust und 500 Franken Buße sowie 1000 Franken Schadenersatz verurteilt. Gleichzeitig wurde Stellung unter Polizeiaufsicht für die Dauer von 10 Jahren verhängt. Den angeklagten Journalisten Wolting sprach das Gericht frei.

Die linksradikale Monatschrift „Neue Zeit“ hatte, wie seinerzeit gemeldet, im Juli 1937 Dokumente veröffentlicht, die „beweisen“ sollten, daß die deutsche Kolonie in Luxemburg eine verkappte Besatzungs- und Spionagenzentrale sei, die aus einem Geheimfonds u. a. an den belgischen Registenführer Léon Degrelle 300.000 Franken ausgezahlt und auch an luxemburgische Blätter und Persönlichkeiten Unterstützungen überwiesen hätte. Die deutsche Botschaft in Luxemburg hatte die Dokumente sofort als plumpe Fälschungen bezeichnet. Auf Veranlassung der luxemburgischen Regierung eröffnete die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung, die zu der Verhaftung des „Herstellers“ der Dokumente, eines gewissen Kosselt aus der Umgebung von Luxemburg, führte.

### 15 Milliarden für Frankreichs Kühlung

Beschlüsse des französischen Ministerrats

Paris, 8. März. Nach Schluß einer Ministerratssitzung am Dienstag verlas Außenminister Laval vor Pressevertretern eine amtliche Mitteilung. Darin heißt es u. a., daß Ministerpräsident Chanot sich über die Schaffung der autonomen Landesverteidigungskräfte und über die nächsten Operationspläne berichtet habe, die diese Kräfte durchführen werde.

Die Stunde sei gekommen, wo die neue Einrichtung ihrer Arbeit beginnen müsse. Finanzminister Marchand habe darauf hingewiesen, daß die außerordentlichen Rüstungsausgaben, die sich für die beiden ersten Monate 1938 auf 3.150 Milliarden Franken belaufen, für das gesamte Haushaltsjahr einen Aufwand von über 15 Milliarden notwendig machen. Dazu komme, daß das Schahamt für die zivilen Ausgaben ebenfalls bedeutende Lasten zu übernehmen habe. Der Ministerpräsident habe auf die Pflicht der Regierung hingewiesen, vom Parlament die für die Erfüllung dieser schweren Aufgaben notwendigen Mittel zu verlangen. Der Ministerrat habe beschlossen, daß von der Regierung am Donnerstag eine Erklärung in der Kammer und im Senat abgegeben werde und daß die Zustimmung des Parlaments für die verschiedenen, in der Erklärung enthaltenen Vorschläge verlangt werden soll.

Wie hierzu verlautet, soll die Regierung beschlossen haben, am Donnerstag vor dem Parlament die Uebertragung von Vollmachten zur Durchführung ihres Aktionsprogrammes hinsichtlich der finanziellen Gesundung und der sozialen Beruhigung zu verlangen.

### Berichte über Regierungsumbildung

Zum Zusammenhang mit dem Ministerrat vom Dienstag sind in Paris wieder Gerüchte von einer bevorstehenden Umbildung der französischen Regierung im Umlauf. In gewissen Kreisen hält man es wohl für möglich, daß die augenblickliche Regierung einem neuen Kabinett auf erweiterter Grundlage Platz machen müsse, das besser in der Lage wäre, die Rüstungsarbeiten zu starten und dem Lande neue tröstliche Maßnahmen anzusprechen. Zur Zeit sind, wie verlautet, Verhandlungen zwischen den verschiedenen politischen Gruppen im Gange, und in der Presse finden sich Stimmen, die eine sofortige innere Sammlung des Landes für dringend notwendig erklären.

### Wettlauf um die Südseeinseln

Amerikaner und Neuseeländer gelandet

Washington, 8. März. Der Streit um die Südseeinseln Canton und Gnderbury hat sich zu einer Art Wettlauf zwischen den Amerikanern und den Neuseeländern, denen die britische Regierung die Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten überlassen hat, entwickelt. Die Siedler aus Canton, die auf einem amerikanischen Regierungsdampfer aufgebracht waren, um die beiden kleinen Koralleninseln für die Vereinigten Staaten tatsächlich in Besitz zu nehmen, sind bereits auf Canton und Gnderbury gelandet und haben Wasser und Nahrungsmittel für sechs Monate erhalten. Inzwischen sind aber auch einige Neuseeländer erschienen, die sich ebenfalls auf den Inseln ansiedeln wollen.

Staatssekretär Hull erklärte zu diesen Vorgängen am Dienstag, daß die britische Regierung den amerikanischen Standpunkt zune. Ueber die Möglichkeit einer Einigung wolle er jedoch nichts voraussagen.

### Englischer Schiffskommandant verletzt

Nachspiel der Rettungsaktion für „Valeres“-Besatzung

Eigenbericht der NS-Pressa

og. London, 9. März. Die Rettungsaktion britischer Kriegsschiffe für die Besatzung des versenkten nationalspanischen Kreuzers „Valeres“ hatte jetzt im Unterhaus ein für die Marxisten typisches Nachspiel. Bekanntlich wurden die Boote der zur Hilfe herbeigeleiteten britischen Schiffe von rosspanischen Flugzeugen beschossen. Der hierbei getötete englische Matrose wurde inzwischen in Gibraltar befristet. Unter den vier Verwundeten des britischen Kreuzers „Voreas“ befindet sich auch dessen Kommandant, der von einem Granatsplitter getroffen wurde, als er das Rettungsboot seiner Mannschaft broachte.

Die Tatsache, daß die geretteten Ueberlebenden der „Valeres“, die sich an Bord britischer Schiffe befinden, später von nationalspanischen Schiffen übernommen wurden, mißfiel einigen marxistischen Unterhausmitgliedern. Sie vertraten die Meinung, daß die „gefangenen“ Spanier hätten interniert werden müssen. Mit Recht wurde ihnen die Antwort erteilt, daß die Mannschaften der „Valeres“ als schiffbrüchige Seeleute betrachtet werden seien und England keine Verantwortung und Möglichkeit gehabt habe, anders zu handeln. „Daily Express“ schreibt in diesem Zusammenhang, daß die Bombardierung der Retter durch rosspanische Flieger keineswegs das Mißfallen der Opposition erregt habe. Hätte es sich um nationalspanische Bomber gehandelt, so würde sie zweifellos ein gewaltiges Geschrei erhoben haben.

### Sabotage auf rosspanischem U-Boot

Paris, 8. März. Wie „Paris Soir“ aus der französischen Hafenstadt St. Nazaire meldet, wurde auf dem sowjetischen U-Boot „S.L.“, das bekanntlich nach einem Seegefecht mit nationalspanischen Kriegsschiffen nach St. Nazaire flüchtete und dort bereits seit Monaten liegt, ein Sabotageakt

verübt. Das U-Boot, dessen in dem Gefecht erlittene Beschädigungen inzwischen auf einer vorläufigen Reparatur wieder ausgebessert worden sind, sollte dieser Tage wieder auslaufen, um die rossspanische Flotte zu verstärken. Als man jedoch die Akkumulatoren laden wollte, machte man die Entdeckung, daß unbekannte Täter die neuen Kupferplatten in den Batterien und auch das Licht gemacht haben. Die Ausfahrt des U-Bootes ist dadurch vorläufig unmöglich.

### Teure Kolonial-Verwaltung

Unterhausagitation der Opposition

Eigenbericht der NS-Pressa

og. London, 9. März. Die gestrige Unterhausagitation wurde von der Opposition wieder in der üblichen agitatorischen Weise ausgenutzt. Sie kritisierte beispielsweise die Flottenpolitik der Regierung und warf ihr ein „Umschmeißen“ ihrer Außenpolitik vor, verstoßt durch die Frage, wie sich die Dominien dazu stellen würden. Der Regierungsvertreter stellte dazu fest, der Premierminister habe schon mehrfach erklärt, daß keinerlei Kursänderung der englischen Außenpolitik eingetretet sei.

Kolonialminister Crumley-Gore begründete im Verlauf der weiteren Aussprache die von ihm geforderten Zuschüsse für den Kolonialhaushalt. Als Beispiele für die Notwendigkeit dieser Zuschüsse erwähnte er, daß in Kenia und Somaliland 6000 abessinische Flüchtlinge auf Kosten Englands unterhalten werden müßten. Infolge der häufigen Unruhen hätten auch die für die Verwaltung Palästinas vorgesehenen Ausgaben eine beträchtliche Ueberschreitung erfahren.

### Polnische akademische Jugend

gegen den Bolschewismus

Warschau, 8. März. Die polnischen Studenten veranstalteten eine große Kundgebung gegen den Kommunismus. In den vorbereiteten Reden wurde ganz besonders auf die Zusammenhänge zwischen Kommunismus und Judentum hingewiesen. In einer Entschließung wurde auf den bekannten Brief Stalins hingewiesen und erklärt, die polnische akademische Jugend verlange jetzt, daß nicht nur die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei, sondern auch die Verbreitung der kommunistischen Weltanschauung mit den härtesten Strafen geahndet wird. Weiter wurde die Gründung eines akademischen antikommunistischen Verbandes beschlossen, der besonders unter den Arbeitern und Bauern eine Aufklärungsarbeit führen soll.

Im Anschluß an die Kundgebung zogen die Studenten in geschlossenen Gruppen durch die Hauptgeschäftsstraßen, um gegen Kommunismus und Judentum zu demonstrieren, wobei es zu verschiedenen Zusammenstoßen kam.

### Politik in Kürze

Dr. Goebbels spricht zum Berliner Offizierskorps

Reichsminister Dr. Goebbels sprach am Dienstagmittag im Offiziersheim des Wachregiments von Offizieren des Standortes Berlin über Fragen der Innen- und Außenpolitik und über die Ausführlungen lebhafter Zustimmung. Anschließend verweilte er noch mehrere Stunden in angeregter Aussprache im Kreise des Offizierskorps.

Der Reichsjugendführer in Nürnberg

Mit Oberbürgermeister Liebel und Oberbürgerführer Engel überzogene sich Reichsjugendführer Baldur von Schirach in Nürnberg vom Stand der Arbeiten an der Umgestaltung der Kaiserhalle zu einer großen Jugendherberge.

Flottenparade in Zwinemünde

Anschluß der Frühjahrsmobilisation eines Teiles der Flotte werden das Panzerschiff „Deutschland“, die Kreuzer „Nürnberg“, „Seitzig“ und „Karl-Doberlah“ sowie mehrere Zerstörer und Geleitboote, am 12. und 13. März in Zwinemünde liegen. Die Möglichkeit zur Befähigung der Schiffe ist an beiden Tagen in der Zeit von 14 bis 17 Uhr gegeben.

Kauf des Deutschen Turnerbundes in Oesterreich

Der Deutsche Turnbund in Oesterreich, der nun wieder das Recht uneingeschränkter Betätigung erhalten hat, erklärt einen Kauf an seine Mitglieder, in dem für die zukünftige Arbeit des Turnerbundes die Verole angesetzt wird, mit Leistungen für die Gewinnung zu werden.

Günstiges Echo der Rede Sech-Inquarts in Rom

Die jüngere Rede des österreichischen Innenministers Dr. Sech-Inquart ist in italienischen politischen Kreisen günstig aufgenommen worden. Sie wird besonders deshalb begrüßt, weil man in ihr einen weiteren Beweis der Entspannung und Befriedigung sieht.

Außenminister Bed beim italienischen König

Der polnische Außenminister Bed besichtigte am Dienstagvormittag das Forum Mussolini. Dann wurden er und seine Gemahlin vom Kaiser und Königin empfangen. Anschließend nahmen sie an einem Frühstück im Quirinal teil.

Japanischer Zuschuß für den Chinakonflikt

Das japanische Unterhaus hat gestern den Zuschuß von 4,85 Milliarden Yen einstimmig angenommen.

Wieder englisch-italische Verhandlungen

Die englisch-italischen Verhandlungen wurden gestern in London fortgesetzt. Im Vordergrund standen landwirtschaftliche Fragen.













# Der Weg zum internationalen Pressefrieden

## Reichspresseschef Dr. Dietrich spricht zu den Diplomaten und Auslandsjournalisten

Berlin, 7. März. Auf dem Empfangsabend, zu dem Reichsleiter Rosenfeld als Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, am Montag ins Hotel „Adlon“ geladen hatte, hielt Reichspresseschef Dr. Dietrich eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Vor wenigen Tagen sah sich der Führer der deutschen Nation veranlaßt, das wachsende internationale Problem der Presse geradezu in den Mittelpunkt seiner großen Rede zu stellen, die in allen Ländern der Erde einen so starken Widerhall gefunden hat. Er hat mit aller Offenheit und wünschenswerten Deutlichkeit die Gefahren und Folgen einer destruktiven Pressearbeit aufgezeigt, die in so verhängnisvoller Weise heute die große Politik bedrückt und beinträchtigt. Hier wurde von berufener Seite die Presse als politisches Problem der Weltbedeutung in die internationale Debatte geworfen.

### Die Presse — Element des politischen Lebens

Die Leiter nur allzu begründeten Anliegen des Führers haben schonungslos die negative Seite der internationalen Pressearbeit aufgezeigt. Aber vielleicht ist vielen, die diese Rede hörten, dabei auch zum erstenmal zum Bewußtsein gekommen, wie sehr der Faktor Presse sich gerade in den letzten Jahrzehnten zu einem Element des internationalen politischen Lebens entwickelt hat. Die Pressepolitik ist heute mehr denn je zu einem gewichtigen Bestandteil der Politik, der nationalen wie der internationalen Politik geworden.

Die deutsche Pressepolitik begegnet heute noch manchen Mißverständnissen der Welt. Aber ich bin überzeugt, daß, wenn man diese unsere Pressepolitik richtig begriffen hat, sie geeignet ist, gerade jene verheerenden Wirkungen wieder auszuräumen, die eine falsch verstandene Auffassung von der Presse vielfach in der Welt angerichtet hat.

Dabei ist es selbstverständlich, daß man wieder die Struktur unserer Presse begreifen, noch für das Wesen unserer Pressepolitik Verständnis aufbringen kann, wenn man keine Kenntnis hat von den geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus, von dem neuen Denken, das in ihm Gestalt gewonnen hat, von der neuen Staatsauffassung, die er vertritt, und von den Beziehungen des einzelnen zur Gemeinschaft, die seinem sozialen Dasein eine ganz neue Grundlage und unserem Denken ganz neue Erkenntnisse und Begriffe gegeben haben.

### Wahrhafte öffentliche Meinung

Die Presse im nationalsozialistischen Staat hat nun einmal nicht die Aufgabe, die individuelle Meinung des Einzelnen gegenüber dem Ganzen zum Ausdruck zu bringen und etwa als „öffentliche Meinung“ vorzutragen, was keine ist. Sondern sie hat umgekehrt die Pflicht, die gemeinsame Schicksalsfrage unaufhörlich dem Einzelnen gegenüber zu vertreten und sie ihm begreiflich zu machen, wenn er sich ihrer nicht bewußt ist. Hier wird die Zeitung zum täglichen Mahner der Nation, zur Schule des politischen Denkens, die jedem Volksgenossen das Bewußtsein vermittelt, Mitglied einer Gemeinschaft zu sein, der er auf Gebot und Verbot verbunden ist. Als öffentliche Meinung gilt bei uns nicht jedes schwankende Stimmungsbild, sondern die einheitliche, das täglich und stündlich den tausendfachen Einflüssen unkontrollierbarer Einzelinteressen unterliegt.

Die öffentliche Meinung, das ist bei uns der wirkliche Volkswille, den der Nationalsozialismus durch seine lebendige Verbundenheit mit dem Volke an seiner Quelle unmittelbar erreicht. Öffentliche Meinung wird bei uns nicht gemacht, sondern erschaffen!

### Die Phrase von der „Pressfreiheit“

Einer solchen, auf einer ganz anderen Ebene liegenden Auffassung von der Presse gegenüber erweisen sich aber auch die Argumente, die unsere ausländischen Kritiker gegen das deutsche Pressewesen ins Feld führen, als gegenstandslos. Sie gehen völlig an der Sache vorbei, denn sie entstammen dem Weltanschauung einer liberalistischen Weltanschauung, deren Begriffe auf unsere Zeit und unsere moderne Auffassung von den Aufgaben der Presse nicht mehr anwendbar sind. Auch die deutsche Presse nimmt sich die Freiheit, zu kritisieren, aber sie kritisiert nicht das, was dem Volke dienlich ist, sondern kritisiert das, was dem Volke schadet. In den selbstverständlichen Grenzen, die ihr das Lebensinteresse der Nation setzt, verläßt sie letzten Endes über ein höchstes Maß von Freiheit, als die liberale Presse sie je besitzen hat. Sie nimmt sich sogar die Freiheit, die „Pressfreiheit“ zu kritisieren, die uns mit aller Deutlichkeit, deren die Demokratie fähig ist, als eines der heiligsten Güter der Menschheit gepriesen wird. An diese sogenannte „Pressfreiheit“ wagt selbst die liberale Presse des Liberalismus nicht zu rühren. Und unsere Kollegen in den Redaktionen der „freiesten Demokratie der Erde“ wissen, warum; sie dürfen es nur nicht sagen, weil eine so peinliche Offenheit mit ihrem höchst unehrenhaften Berufswort verbunden wäre.

### Die Neugestaltung unserer Presse

Man sollte so viel Gefühl für die Wirklichkeit besitzen, um das offen zuzugeben. Die Presse ist immer abhängig und immer irgendjemandem verpflichtet. Es fragt sich nur, wem? Ob unverantwortlichen Geschäfts- und Parteipolitik, ob den anonymen Mächten des Geldes und der Zerstörung aller menschlichen Ordnung und Moral oder den für das Leben der Völker verantwortlichen Staatsmännern und politischen Instanzen der Nation.

Als wir im Jahre 1933 begannen, den nationalsozialistischen Staat aufzubauen und uns auf dem Gebiet des Pressewesens einer geradezu chaotischen Schicksalsfrage gegenübersehen, mußten wir uns diese Frage stellen: Wie entscheiden wir uns für das letztere und haben dann sehr schnell gehandelt.

Die Reinigung der Presse in Deutschland war folgendermaßen durchgeführt und die Neugestaltung unserer Presse — ich möchte sagen — die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Revolution. Schon am 4. Oktober 1933 konnte das Schriftleiter-

gesetz verordnet werden. Am 1. Januar 1934 trat es in Kraft. Das Schriftleitergesetz hat nicht nur den nationalsozialistischen Geist heraus den Schwerpunkt der Verantwortung für den Inhalt der Zeitung von der Sache auf die Person verlegt. Es hat die persönliche Verantwortung für den redaktionellen Teil, das heißt für den geistigen und politischen Inhalt der Zeitung, weiterhin sichtbar herausgestellt. Es entspricht dem Grundgedanken der absoluten Verantwortlichkeit des Einzelnen gegenüber dem Volksganzen, daß derjenige, der in der Zeitung schreibt und öffentliche Meinung macht, auch dem Staat und der Öffentlichkeit für seine Tätigkeit verantwortlich ist.

### Lebendige Volkspresse — nicht Staatspresse!

Die Gestaltung des persönlichen Presserechts ist der Ausgangspunkt für die neue Position des Journalismus im nationalsozialistischen Deutschland geworden. Sie hat sich auch in einer grundlegenden Veränderung der sozialen und gesellschaftlichen Stellung des deutschen Schriftleiters ausgedrückt. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, wir wollten in Deutschland eine mediokrante Staatspresse, die den Schriftleiter zum bloßen Handlanger und Intendanten der Staatsorgane macht. Keineswegs! Wir wollen die lebendige Volkspresse, die die Persönlichkeit des Schriftleiters frei entwickelt und sein journalistisches Pflichtgefühl zu schöpferischer Entfaltung für das Wohl seines Volkes bringt.

Mit der radikalen Trennung von Geschäft und Politik, die das deutsche Schriftleitergesetz vollzog, ist mit der Voraussetzung geschaffen worden für die Gesundung unserer Presse. Denn dieses staatliche Gesetz hat in der Brust jedes deutschen Journalisten das innere Gesetz jener höheren Pressefreiheit lebendig werden lassen, die den journalistischen Beruf als einen durch nationale Verantwortung gebildeten Beruf vor vielen auszeichnet.

### Die Presse als weltpolitischer Faktor

Darin sehen wir die innere Kraft und die nationale Bedeutung der Presse. Demgegenüber steht die internationale Macht und Bedeutung der Presse als eines weltpolitischen Faktors. Die Presse ist eine Macht im Leben der Völker, die größer ist, als sich die bürgerliche Weisheit mancher Zeitgenossen träumen läßt. Früher nannte man sie die lebende Großmacht. Ich glaube, sie hat sich in den letzten 20 Jahren in der weltpolitischen Rangliste um einige Plätze höher hinaufgesetzt.

Leber die Drähte der Presse wird heute die wirkliche oder vermeintliche Einstellung der Völker zu allen großen Ereignissen innerhalb weniger Stunden von Land zu Land getragen. Man wende nicht ein: Der Mundfunk macht das noch schneller. Der Rundfunk gibt die Stimmen der Völker wieder, die als Barometer der öffentlichen Meinung, als die Stimme der Völker gilt, ob sie es nun in Wirklichkeit ist oder nicht. Die Presse gilt als die öffentliche Meinung, weil sie die öffentliche Meinung auf das härteste beeinflusst, und deshalb kann man sie als das Barometer der Weltpolitik bezeichnen, dessen Anschlag und Zeigerhand sicherlich die Entscheidung vieler Kabinette in den letzten Jahrzehnten trafen und unmittelbar beeinflusst hat, als mancher zu ahnen vermag.

Diese Macht nun, die der Presse als einem der einflussreichsten Mittel moderner Menschheit in die Hand gegeben ist, steht zwischen Gut und Böse, sie birgt Möglichkeiten in sich, die für die internationalen Beziehungen der Völker untereinander zum Wohl oder zum Schaden entfaltet werden können. Ein französischer Diplomat bezeichnete sie deshalb einmal treffend als die Junge, von der Napoleon sagt, sie sei das Beste und das Schlimmste. Dieser hat sich bisher in den internationalen Beziehungen die schlechte Junge weit vernünftiger bewerkstelligt gemacht, als die guten Kräfte der Presse zur Geltung kommen konnten.

Wie oft hat die Vergiftung der öffentlichen Meinung durch die bewußte Presselüge und durch verantwortungslose Sensationsberichterstattung die schwersten Gefahren für den Frieden der Völker heraufbeschworen.

Der Führer hat in seiner letzten Reichstagsrede den Finger an diese offene Wunde im Zusammenleben der Völker gelegt. Er hat den Gehren und Brunnensbergen eine deutsche Antwort erteilt und den Herrschern zugewiesen, daß es ein verdienstvolles Werk sein würde, wenn es gelingen könnte, nicht nur den Abwurf von Schiff, Brand- und Sprengbomben auf die Bevölkerung international zu verhindern, sondern vor allem den Vertrieb von Zeitungen zu beilegen, die auf die Beziehungen von Staaten schlimmer wirken, als es Gift- oder Brandbomben je zu tun vermögen.

In meiner Rede auf dem letzten Parteitag in Nürnberg habe ich an Hand geschichtlicher Dokumente den Beweis erbracht, wie eine gewissenhafte Arbeit der Presse zwischen Völkern, die den Frieden lieben, doch zu Mord und Krieg zu entfesseln vermag. Und ich darf Ihnen sagen, daß sich heute keine ernstliche Stimme erheben hat, die diese Anklagen hätte widerlegen können. Wie so vielen Journalisten geht es auch so vielen demokratischen Staatsmännern. Sie haben das so bedrückende Presseproblem längst erkannt, aber wagen nicht, es anzupacken. Ihre eigene Pressfreiheit verbietet ihnen — ich möchte sagen, bei Lebensgefahr — diese Probleme aufzurollen. Nur die Führer der autoritären Regierungen haben bisher diesen Zuständen gegenüber laut und vernünftig ihre Stimme erhoben.

### Staatsmänner über das Schuldkonto der Presse

So hat der italienische Regierungschef Mussolini erst in den letzten Tagen dem Präsidenten der Internationalen Verlegerorganisation auf dem Wege zu einer Entgeltung der internationalen Atmosphäre gemeldet. Es ist nun an den anderen, und so folgen, wenn es Ihnen ernst ist mit den Friedenswählern. Der Abbau der Zeh- und Verdrängungsstrukturen zwischen den Völkern, der den Interessen aller Nationen und dem Wohl aller Völker gilt, wird um so schneller kommen, je eher die verantwortlichen Staats-

den Staatspräsidenten der französischen Republik Vedrun, den französischen Außenminister Delbos, den französischen Kammerpräsidenten Herriot, den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš, den irischen Präsidenten de Valera, den österreichischen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und den englischen Ministerpräsidenten Chamberlain.)

### Ein internationaler Pressefriede?

Stellen Sie sich vor, wie friedlich die Welt sein würde, wenn nicht nur über den Frieden geschrieben, sondern in den Zeitungen selbst Frieden gehalten würde. Die Presse könnte im politischen Leben der Völker geradezu Wunder wirken. Seit 20 Jahren bemüht sich beispielsweise ein Völkerverbund um die internationalen Beziehungen. Wie viele diplomatische Verhandlungen, wie viele Tagungen und Konferenzen sind aufgewandt worden. Das Ergebnis ist mehr als gering, es ist lächerlich. Und ist nicht gerade die Enttäuschung über die Fruchtlosigkeit dieser Bemühungen der Hauptgrund für den politischen Defätismus, der so viele europäische Länder ergriffen hat?

Wie anders könnten die Völker zueinander stehen, wenn sie die Bedeutung der Presse und ihre Wirkungsmöglichkeit für eine verständnisvolle Zusammenarbeit erkennen und die positive Macht der Presse für dieses hohe Ziel voll einsetzen würden! Es ist keine Utopie, wenn ich sage, daß sie in einer durch die Presse geschaffenen Atmosphäre der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Verständnisses in wenigen Monaten das erreichen würden, was sie auf anderem Wege in Jahrzehnten nicht erreichen könnten.

Die Völker wollen den Frieden, sie wollen die Verhandlung mit ihren Nachbarn. Aber die Presse in so vielen Ländern, die sich brüsten, die öffentliche Meinung zu sein, läßt diese Wünsche nicht zur Geltung und nicht zur Wirkung kommen. Warum wird der Weg zum internationalen Pressefrieden nicht beschritten? So kann der Mann auf der Straße in vielen Ländern mit Recht fragen: Lieber Kain-Schmuggel, Mädchenhandel und Bankrottverfolgung konnten die Nationen sich einigen, warum sollten sie sich nicht gemeinsam der Bekämpfung der politischen Zeh- und der durch verantwortungslose Presseelemente hervorgerufenen Friedenssabotage annehmen? Diese Frage möchte ich heute stellen.

### Voraussetzungen einer internationalen Pressesamarbeit

Ich darf die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß in Deutschland und Italien durch eine moderne Pressegesetzgebung zum ersten Male überhaupt die praktischen Voraussetzungen zu internationaler Pressesamarbeit geschaffen worden sind. Die Struktur unserer Pressewesen, deren Grundlinien ich Ihnen aufgezeigt habe, eröffnet in der Tat erstmalig den Ausblick auf erreichbare Ziele einer internationalen Pressesamarbeit, die wenn sie sachlich begriffen und vorurteilslos verfolgt wird, zu einem modernen Segen für alle Völker und die Menschheit werden kann. Wer einmal diese praktischen Ziele und Möglichkeiten erkannt hat, der ist im Interesse der Völker und des Friedens geradezu verpflichtet, ihre Verwirklichung international anzustreben.

Und nur von diesen Gedanken läßt sich die deutsche Pressepolitik leiten, wenn sie versucht, durch zweifelhafte geschriebene oder ungeschriebene Pressevereinbarungen von Land zu Land schrittweise den Weg zur Vernunft und zur Verständigung auf dem Gebiet des internationalen Pressewesens anzubahnen. Der Presseabkommen Deutschlands mit Polen und Österreich dienen diesem Ziel, und fälschlich, aus Klugheit des Verstandes des jugoslawischen Ministerpräsidenten, sind wir auch mit Jugoslawien zu einem vorläufigen Gentlemen Agreement bezüglich der gegenseitigen Pressefreiheit gekommen. Die deutsche Pressepolitik wird diesen Weg der Verständigung und Pressevereinbarungen von Land zu Land weiterhin verfolgen nach Maßgabe der politischen und presspolitischen Möglichkeiten, die sich dafür bieten.

Aber es gibt hier Grenzen, nicht Grenzen unseres guten Willens, der vorhanden ist, sondern Grenzen der Verhandlungsmöglichkeiten überhaupt. Grenzen der Pressefreiheit, die in anderen Ländern liegen. Wie oft plagen diplomatische Vorstellungen wegen unqualifizierbarer Angriffe gegen unser Volk und seine Staatsform mit folgender, fast stereotyper Antwort bedacht zu werden: Wir leben ein, daß es sich hier um eine plumpe Lüge oder um eine grobe Verleumdung handelt, aber wir haben bei der verfassungsmäßig garantierten Freiheit unserer Presse kein Mittel, um wirksam einzuschreiten. Derartige Einmühen sind und selbst vom Standpunkt der weithergehenden demokratischen Pressepolitik aus völlig unbegründet. Denn was durch eine solche Auffassung von der Pressefreiheit verteidigt wird, ist keine Pressefreiheit, sondern Pressefreiheit.

Auch wir können unseren Beitrag zum Pressefrieden nur Zug um Zug leisten. Man kann von uns nicht erwarten, daß wir die Weite unserer Presse im Abzug halten, wenn von allen Seiten gegen uns die Drecksteuern in Bewegung gesetzt werden. Darüber müssen sich die Staatsmänner anderer Länder, die einen Pressefrieden zur Vorbereitung einer allgemeinen politischen Regelung für unerlässlich halten, im Klaren sein. Es ist wenig damit geboten, wenn man am großen Tisch Friedensbestimmungen abgibt, während man gleichzeitig der Presse zu Kampagnen die Jagel frei läßt.

### Deutschland und Italien haben den ersten Schritt getan

Wir haben in Deutschland ebenso wie in Italien durch unsere Pressereform und Pressegesetzgebung den ersten Schritt zu einer vernünftigen zwischenstaatlichen Pressepolitik getan und den Weg zu einer Entgeltung der internationalen Atmosphäre gemessen. Es ist nun an den anderen, und so folgen, wenn es Ihnen ernst ist mit den Friedenswählern. Der Abbau der Zeh- und Verdrängungsstrukturen zwischen den Völkern, der den Interessen aller Nationen und dem Wohl aller Völker gilt, wird um so schneller kommen, je eher die verantwortlichen Staats-

männer in allen Ländern den Willen ihrer Völker in dieser Frage begreifen haben und den Mut aufbringen, diesem Willen Geltung zu verschaffen.

### Die Aufgabe des Auslandskorrespondenten

Wir sehen die Aufgabe des Auslandskorrespondenten darin, daß er seinen Landsleuten das unverzerrte, wahrheitsgetreue Bild eines fremden Landes und Volkes vermittelt. Wer seine Aufgabe so auf faßt, darf jederzeit unserer Unterstützung gewiß sein, denn dann achten wir in ihm den publizistischen Vertreter eines Organs der öffentlichen Meinung seines Landes. Wir werden ihm das Recht sachlicher Kritik nicht bestreiten, wir verlangen lediglich, daß der Auslandskorrespondent der Wahrheit dient, seiner journalistischen Anstandspflicht nachkommt, und ebenso wie der Diplomat im Ausland, seine Mission von einer höheren Werte aus, von der verantwortlichen Worte der Fliege der Beziehungen von Volk zu Volk sieht. Gewiß, ganz ohne Emotion ist eine Zeitung nicht zu machen. Aber bieten die Leistungen des nationalsozialistischen Deutschlands auf so vielen Gebieten nicht übergenug Stoff zu sensationeller Berichterstattung?

Der Führer unterschied in seiner Reichstagsrede zwei Arten von Journalisten. Ich werde mich glücklich schätzen, wenn ich Sie kritisch und anstandslos zu denen zählen darf, die wissen, daß sie ihrem Volke am besten dienen, wenn sie der Wahrheit den Weg zu ihm bereiten. Und deshalb möchte ich schließen mit einem Wort, das vielleicht am besten den Ausdruck jener Gefühle wiedergibt, die wir in unserer Zusammenarbeit mit Ihnen empfinden, und von denen ich auch der Journalist im Ausland bei seiner Arbeit stets leiten lassen sollte: Wähle eines jeden Vaterland, doch dein eigenes liebe!

### Nachrichten, die jeden interessieren

#### Totengedenkfeier der Schulen

Nach einer Bekanntmachung des Kultusministeriums sind die mit Erfolg vom 25. Juli 1935 angeordneten Schulgedenktage für die Toten des Weltkrieges künftig am Samstag vor dem Sonntag Reminiscere zu halten.

#### Feldarbeit mit Spanndieb in Speerbezirken

Die Frühjahrsernte bringt durch den Spanndiebstahl die Gefahr einer verheerenden Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche mit sich. Der Reichsminister des Innern erklärte sich jedoch damit einverstanden, daß in dringenden Fällen während der Belästigung und Entzweiung der Benutzung von Spanndieb aus unvermeidlichen Gebieten der Speerbezirke nach mindestens zweiwöchiger Stillperre unter der Bedingung zugelassen wird, daß die Tiere in Zäunen von 10 bis 14 Tagen eingeschloffen werden.

#### Weiterführung der Zeitverbilligung

Die von der Reichsregierung zur Verbilligung der Speisekarte für die minderbemittelte Bevölkerung und zur Sicherung des Bezuges von Konsum-Margarine getroffenen Maßnahmen werden für die Monate April, Mai und Juni 1938 in bisheriger Umfang fortgeführt. Die Zeitverbilligungsscheine sind auf weissen, die Margarine-Bezugscheine auf blauem und die Zuckarscheine auf rosa Vollerzeugenpapier hergestellt. Die nichtverbrauchten Scheine sind bis zum 3. bzw. 10. Juli zurückzugeben.

#### Neue Schirren in der Urlaubsplanung

Es hat sich gerade in den letzten Jahren herausgestellt, daß die Verkehrsmittel und das Verkehrsnetzwerke in den Monaten Juni, Juli und August für die gewaltige Zahl der Adl-Urlauber einfach nicht mehr ausreichen. Um hier allgemeine Zufriedenheit zu schaffen, wird eine systematische Urlaubsplanung Platz greifen müssen und zwar derart, daß sich die Urlauber auf die Zeit von April bis Oktober verteilen. Dabei wird man dafür Sorge tragen müssen, daß die Monate Juli und August den Verheirateten mit schulpflichtigen Kindern vorbehalten werden. Auch über die Reisegebiete wird man sich verständigen müssen, damit auch weniger bekannte Gebiete Deutschlands an dem Zuzug der Urlauber teilhaben.

### Die Heimkulturen der Hitler-Jugend

Der Großteil der Hitler-Jugend-Heime wird auf dem Lande entstehen. Denn den zahlenmäßig stärksten Anteil an der Gesamtzahl deutscher Gemeinden haben die Landgemeinden. Etwa 38 000 Orte weisen weniger als 5000 Einwohner auf. Es liegen also die Hauptaufgaben der Bauarbeit der HJ in den ländlichen Bezirken. Für das Dorf werden diese Heime weit mehr sein als Stätten, in denen die Jugend gefürnt wird. Vielmehr wird oftmals eine Verbindung mit dem Ehrenmal für die Gefallenen des Ortes möglich sein. Oder ihre Eingangshalle läßt sich als Foyer zum ausgestalten, in denen die Bauern sich zu besonderen Anlässen versammeln. Immer werden sie so ihre Aufgabe erfüllen, die Gemeinschaft des Volkes zu festigen und der Rückwelt von diesem Geist zu linden. Sie werden zu Zeugen für jenes stolze Wort werden, das Volmar von Schirach einmal sprach: „Wir bauen für den Führer, wir formen seine Gedanken in Holz und Stein. Jedes Haus sein Denkmal.“

### Verstärkter Kampf gegen Wilderer

Durch gemeinsame Anordnungen des Reichsführers H und Chef der Deutschen Polizei und des Reichsjägermeisters ist eine verstärkte Bekämpfung des Wilderer-Unwesens eingeleitet worden. Der Wilderer ist ein Schädling an der Volksgemeinschaft, der gewerbs- und gewohnheitsmäßige Wilderer ist ein gemeiner Verbrecher, der auch auf Menschenleben keine Rücksicht nimmt. Künftig haben die Orts- und Polizeibehörden und die Gendarmerie innerhalb von 24 Stunden den zuständigen Kriminalpolizeibehörden alle Personen anzu melden, die überführt und verdächtig





